

Vorlage-Nr.: **3259-2009/DaDi** vom 13.11.2009

Aktenzeichen: 661-006

Fachbereich: Koalition der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen
Frau Dagmar Wucherpfennig
Frau Brigitte Harth

Beteiligungen:

Kostenstelle: **203001 Kreistagsbüro/Büro Landrat**

Beschlusslauf:	Nr.	Gremium	Status	Zuständigkeit
	1.	Infrastruktur- und Umweltausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
	1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
	2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Resolution zur Erreichung eines wirksamen Nachtflugverbotes am
Flughafen Frankfurt - Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne**

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag wird gebeten, die folgende Resolution zu beschließen:

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg schließt sich der Resolution von Städten und Gemeinden, Interessengemeinschaften, Lärmschutzorganisationen, Naturschutzverbänden sowie Bürgerinitiativen der Region zur Erreichung eines wirksamen Nachtflugverbotes am Flughafen Frankfurt an und unterstützt die darin enthaltenen Ziele:

Seit dem Jahr 2000 haben der Hessische Landtag sowie die Repräsentanten der Hessischen Landesregierung fortwährend über politische Erklärungen und bindende Beschlüsse verdeutlicht, dass ihnen eine erhebliche zusätzliche Lärmbelastung durch den Ausbau des Flughafens nur dann vertretbar erscheint, wenn die Menschen in der Region im Gegenzug wenigstens in der Nacht Gelegenheit zur Regeneration durch Aussetzen des Flugbetriebs zwischen 23.00 und 05.00 Uhr erhalten.

Sowohl das auf wissenschaftlicher Begutachtung basierende Mediationsergebnis als auch die Erkenntnisse der Lärmwirkungsforschung halten eine ungestörte Regeneration durch nächtlichen Schlaf für unverzichtbar, zumal die extrem hohe Zahl an Flugbewegungen und die über Wohngebieten sehr geringe Überflughöhe am Flughafenstandort Frankfurt zu beispiellosen Beeinträchtigungen der Wohn- und Lebensqualität führen, die selbst an Wochenenden und Feiertagen uneingeschränkt fortwirken.

Ein Nachtflugverbot ist daher kein „Geschenk“ oder ein „Ausbauzugeständnis“ an die Fluglärmbelastete Bevölkerung in der Region, sondern schlichtweg unverzichtbare Voraussetzung für die beispiellos hohe An- und Abflugfrequenz über einem der bevölkerungsreichsten Ballungsräume Deutschlands.

Sowohl die Hessische Landesregierung als auch der Hessische Landtag gaben bislang vor, sich

dieser Ausgangslage bewusst zu sein und daher einen Ausbau des Flughafens keinesfalls ohne Nachtflugverbot zuzulassen –diesbezüglich gegebene politische Versprechen werden aktuell infrage.

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg fordert die Hessische Landesregierung auf, uneingeschränkt am vereinbarten Mediationsergebnis für ein Nachtflugverbot festzuhalten.

Ziel der neuen Bundesregierung ist es offenkundig, die Schutzregelungen im § 29b des Luftverkehrsgesetzes so zu ändern, dass Genehmigungsbehörden und Gerichten kein Entscheidungsspielraum für nächtliche Betriebsbeschränkungen mehr bleiben soll. Dies konterkariert alle Bemühungen der letzten Jahrzehnte, wirtschaftliche Prosperität mit dem Erhalt der Umwelt sowie der Gesundheit und Lebensqualität zu verbinden.

Das einseitige Vertreten von wirtschaftlichen Interessen wird nicht zu einer nachhaltigen Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland beitragen, weil die aus der Belastung von Mensch und Umwelt resultierenden externen Kosten die Volkswirtschaft mittel- und langfristig erheblich belasten.

Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg fordert die Hessische Landesregierung auf, eine Änderung des Luftverkehrsgesetzes zum Zwecke der Erreichung uneingeschränkten Nachtflugbetriebs nicht zuzulassen.